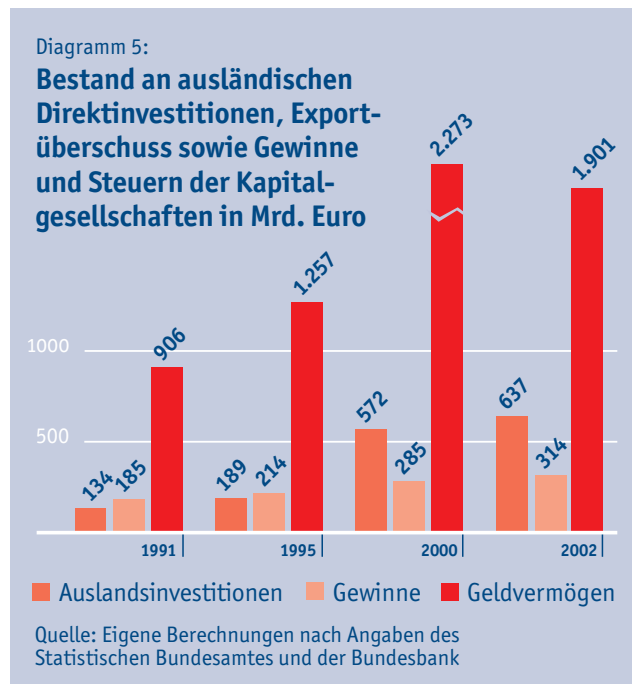


Das Jammern der Weltmeister

Glaubt man der Bundesregierung, den Unternehmerfunktionären und natürlich der rechten Opposition, dann ist die wirtschaftliche Lage des Standortes Deutschland außerordentlich gefährdet: Die Arbeitszeiten sind zu kurz, die Löhne zu hoch, die Steuern auch und die Sozialleistungen ohnehin. Mit großformatigen Anzeigen und bunten Plakatwänden wird vor dem Niedergang des Wirtschaftsstandortes Deutschland gewarnt. Nur eines passt nicht in dieses Jammerthal, nämlich die deutsche Wirtschaftswirklichkeit. Kein Land verkauft auf den global vernetzten Märkten so viel wie Deutschland, und niemand hat einen höheren Exportüberschuss. Dies alles wäre zweifellos unmöglich, wenn deutsche Waren zu teuer oder technologisch veraltet wären. Sieht man sich die tatsächlichen Wirtschaftsdaten an, so ist der Exportweltmeister außerordentlich gut aufgestellt. Eine Ausnahme machen die kleinen und die meisten mittelständischen Unternehmen, die zwar einen großen Teil der Beschäftigten, nicht aber der Wertschöpfung auf sich vereinigen. Ihre Gewinnsituation hat sich deutlich verschlechtert. 63,8 Prozent der gesellschaftlichen Wertschöpfung stammen aus dem Sektor der Kapitalgesellschaften. Sie konnten ihre Brutto-Gewinne zwischen 1991 und 2002 um 69 Prozent erhöhen, steigerten jedoch ihre Brutto-Anlageinvestitionen im selben Zeitraum nur um 1,25 Prozent. Das heißt, dass die Kapitalgesellschaften 54-mal so viel verdienten, wie sie in neue Arbeitsplätze investierten.

Die Masse des erzielten Profits wanderte in Finanzanlagen und ausländische Direktinvestitionen. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen ist von 1991 bis 2002 um 375 Prozent gestiegen. Wobei die Legendenbildung glauben machen möchte, dass diese Kapitalflucht hauptsächlich durch hohe Löhne und Sozialabgaben verursacht wird. Tatsächlich handelt es sich nur in einem geringen Umfang um kostenbedingte Produktionsverlagerungen. Zum Beispiel begründet sich die Fusion von Daimler und Chrysler nicht aus den angeblich niedrigeren Lohnkosten in den USA, sondern aus der Absicht von Daimler, den dortigen Markt zu erobern. Das gesamte Geldvermögen der Kapitalgesellschaften, also einschließlich aller Wertpapiere und geldähnlichen Ansprüche, hat sich in elf Jahren mehr als verdoppelt und wird bald so groß wie das gesamte Inlandsprodukt eines Jahres sein. Wenn es einen Grund zum Jammern gibt, dann liegt er in der wachsenden Schwierigkeit, diesen gewaltigen Kapitalstock gewinnbringend einzusetzen. So sagte denn auch Werner Schmidt, der Vorstandsvorsitzende der Bayerischen Landesbank, im vergangenen Jahr gegenüber dem Handelsblatt: „Es gibt genügend Geld und Kapital in Deutschland, allenfalls zu wenige Projekte, die man als Kaufmann sinnvoll finanzieren sollte.“ Kein Wunder angesichts der rückläufigen Nachfrage von Staat und Privathaushalten. Die Folge ist, dass sich das Kapital auf die globale Suche nach profitträchtigen Anlagen macht und dabei immer stärker auf Finanzanlagen, Beteiligungen oder Fusionen setzt.



Die Deutsche Wirtschaft verwandelt sich zunehmend in eine Vermögenswirtschaft, weil der übermäßig angehäufte Reichtum auf keine ausreichende Inlandsnachfrage stößt. Natürlich hat das etwas mit der Höhe von Löhnen und Steuern zu tun, doch in einer ganz anderen Weise als ständig behauptet wird: Sie sind nicht zu hoch, sondern zu niedrig, um im eigenen Land kauffähige Nachfrage zu sichern. Am deutlichsten wird dies, wenn man noch einmal zurück ins Kapitel „Riese mit Gleichgewichtsstörungen“ geht und sich den parallelen Absturz von geleisteten Arbeitsstunden und Sachinvestitionen anschaut. Dass die Politik der rot-grünen Bundesregierung daran nicht schuldlos ist, zeigt das untenstehende Diagramm. Die Steigerung des Brutto-Gewinns der Kapitalgesellschaften ist infolge der rot-grünen Steuerreform von einem Absturz der Unternehmenssteuern begleitet.

